

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken  
c/o AStA der Uni Bonn  
Nassestraße 11  
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033  
Mail: sp@uni-bonn.de

**Bonn, 17. Juni 2019**

**Beschlussausfertigung:** **Antrag zur Unterstützung der Fridays for Future Bewegung**  
**Antragssteller:** Martin Werres für die Fraktion der Grünen Hochschulgruppe  
**Sitzung des Beschlusses:** 4. ordentliche Sitzung  
**Datum der Sitzung:** 05. Juni 2019  
**Empfänger des Beschlusses:** Fridays for Future Bewegung, Studierendenschaft der Uni Bonn

Das XLI. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

**4. ordentlichen Sitzung vom 05. Juni 2019**

mehrheitlich den angehängten Antrag der o.g. Antragsstellenden

**zur Unterstützung der Fridays for Future**

verändert durch einen Eigenänderungsantrag

beschlossen.



Kay A. Frenken  
– Erster SP-Sprecher –

**Anhang:**  
Antrag in abgeänderter und beschlossener Form

Das 41. Bonner Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Universität Bonn solidarisiert sich mit den Forderungen der Fridays for Future Bewegung, dass das 1,5°C-Ziel (Einschränkung der globalen Erwärmung auf maximal 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau) und die Ziele des Pariser Klimaabkommens eingehalten werden. Explizit für Deutschland wird für die CO<sub>2</sub>E-Emission eine Nettonull ab 2035 gefordert, ein Kohleausstieg bis 2030 und 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035. Diese Forderungen wurden mit Wissenschaftler\*innen abgesprochen. Die Umsetzung muss sozialverträglich gestaltet werden.

Die Studierenden werden ermutigt, sich für das Erreichen der Ziele aktiv einzusetzen.

Begründung:

Die Klimakrise ist eine von Menschen verursachte globale Krise, die die Menschheit schon jetzt zu spüren bekommt und deren Folgen sich dramatisch verschlimmern, wenn der Ursache – das massive Ausstoßen von Treibhausgasen – nicht gegengesteuert wird. Der **Sonderbericht 1,5°C globale Erwärmung** des Weltklimarats kam zu dem Ergebnis, dass das 1,5°C-Ziel sowohl erreichbar als auch finanzierbar sei und dass es erhebliche Vorteile gegenüber einer Eingrenzung auf maximal 2°C der globalen Erwärmung habe. Des Weiteren verfehle die im Rahmen des Pariser Übereinkommens vorgesehene Politik das 1,5°C Ziel (ca. 3°C Erderwärmung bis 2100). Deswegen wird es als notwendig erachtet, nicht nur die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, sondern schärfere Emissionsziele zu fordern.

Martin Werres für die Fraktion der Grünen Hochschulgruppe